



Kooperation für den Frieden

Strategiekonferenz der Kooperation für den Frieden Stuttgart, der 28. und 29.02.2020

Podium Visionen für ein Europa, das Frieden wagt

Frontex, Pesco und die EU-Armee oder zivile Alternativen zur EU-Aufrüstung

Von Ulrike Duchrow

(Flüchtlingsrat Baden-Württemberg, Asylarbeitskreis Heidelberg)

Einleitung:

Der Flüchtlingsrat Baden-Württemberg und andere Flüchtlingsorganisationen würden sicher die „Thesen für ein Europa, das Frieden wagt“ mit Nachdruck unterstützen.

Besonders herausgefordert fühlen wir uns natürlich von These 3, auf die ich mich vor allem beziehen werde.

I. Vision: Es muss einen Zugang zum Asylverfahren geben

Tausende sind in den letzten Jahren im Mittelmeer umgekommen, die Toten auf der Flucht durch die Wüste werden nicht gezählt. Man kann die Abwehrmaßnahmen der EU als Krieg gegen Flüchtlinge bezeichnen, wie es ein Film des TV- Magazins Monitor auch getan hat. Es muss sichere Fluchtwege nach Europa geben! 143 Länder sind der Genfer Flüchtlingskonvention beigetreten, darunter alle Länder der EU. Recht auf Asyl kann nur gewährt werden, wenn es auch einen Zugang zum Asylverfahren gibt. Der ist durch die gnadenlose Abschottung Europas fast unmöglich geworden. Wir setzen uns deshalb für die folgenden Maßnahmen ein:

- Die europäische Seenotrettung muss wieder aufgenommen werden
- Die private Seenotrettung darf nicht behindert und kriminalisiert werden
- Schutzsuchende sollen die Möglichkeit haben, einen Asylantrag im Ausland, z.B. in einer Botschaft zu stellen.
- Es muss eine gerechte Verteilung der Flüchtlinge in Europa geben, d.h. Dublin IV muss abgeschafft werden
- Europa muss Resettlement- und Relocation-Programme ausweiten.
- Ein Quotensystem für die Einwanderung, das nicht nur qualifizierte Arbeitskräfte berücksichtigt, könnte denen helfen, die aus Not und nicht wegen Verfolgung nach Europa einwandern wollen.

Diese Forderungen gilt es, auf europäischer Ebene sowie bei der Bundesregierung immer wieder zu stellen.

II. Vision: Gerechte Handelsbeziehungen schaffen!

Mit dieser Vision greife ich die 2. These auf: „antikoloniale Unterstützung bei der Überwindung ungerechter Strukturen, gerechte und faire Handelsbeziehungen...“ Immer noch führt die EU Fleisch und andere Lebensmittel aus EU-Überschüssen in Afrika ein. Sie zerstören die Lebensgrundlage der Menschen, weil sie wegen der europäischen Agrarsubventionen konkurrenzlos billig sind. Besonders ungünstig wirkt sich der subventionierte Fischfang vor den Küsten Afrikas auf die Lage der Fischer aus. Weniger bekannt sind die bilateralen Handelsverträge mit afrikanischen Ländern, die Zollfreiheit für beide Seiten beinhalten, die sog. EPAS (European

Partnership Agreement) Weil es sich aber um sehr ungleiche Partner handelt, profitieren davon vor allem die europäischen Produzenten. Die afrikanischen Länder können nicht genug Produkte ausführen. Die Vision wäre eine echte Partnerschaft. Ich zitiere aus dem Buch, „Diktatoren als Türsteher Europas“: „Von geschützten Grenzen und der Öffnung der Märkte träumt Europa. Von geschützten Märkten und offenen Grenzen träumt Afrika. Solange dieses Interessendilemma nicht gelöst ist, wird es keine echte Partnerschaft geben.“

III. Vision: Stärkung der Solidarität

Die bisher genannten Visionen sind nur politisch umzusetzen. Unsere Aufgabe besteht in Appellen an unsere Abgeordneten und in einer intensiven Öffentlichkeitsarbeit. Andere Visionen können dagegen an der Basis aktiv umgesetzt werden. Wir können die Solidarität mit Flüchtlingen verwirklichen. Jeder einzelne kann sich da potentiell einbringen. Ein aktuelles Beispiel dafür ist die NGO Seebrücke, eine europäische Bewegung der Zivilbevölkerung, die sich für sichere Fluchtwege, für die Entkriminalisierung der zivilen Seenotrettung und die Aufnahme von geretteten Flüchtlingen einsetzt. In Deutschland fordern Seebrücke-Initiativen in einzelnen Städten die Aufnahme von mehr Geflüchteten als sie nach dem sog. Königsteiner Schlüssel aufnehmen müssen. Die Demonstrationen Anfang des Monats für die Aufnahme von Geflüchteten aus den griechischen Lagern waren ein beeindruckendes Beispiel für europäische Solidarität und Solidarität mit Menschen in Not.

Um die direkte Aufnahme von Flüchtlingen durch Kommunen geht es auch Gesine Schwan. In ihrem Aufsatz: *ein Weg aus der aktuellen europäischen Misere in der Flüchtlingspolitik – als Chance für einen europäischen Neuanfang*, legt sie dar, dass Kommunen, die freiwillig Flüchtlinge aufnehmen, von einem EU-Fonds ausreichend Geld erhalten sollten, damit sie nicht nur Flüchtlinge bei der Integration unterstützen, sondern auch die kommunale Infrastruktur für alle Bewohner ausbauen können. Bildung, Wohnungsbau, Gewerbeförderung, Investitionen für Arbeitsplätze, all das könnte durch diese Gelder verbessert werden. So bräuchten die Flüchtlinge statt einer Belastung die Chance für menschliche Bereicherung und wirtschaftlichen Aufschwung. Auch Abgeordnete des Europaparlaments vertreten die Auffassung, dass ein Zuzug unterhalb der Nationalstaaten in den Kommunen ermöglicht werden muss, u.a. weil Nationalstaaten Angst vor ihren rechten Parteien haben.

Neben diesen von einzelnen Politikern entworfenen Visionen gibt es aber schon länger eine Bewegung, die sich Solidarity City nennt und gleiche Rechte für alle Stadtbewohner unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus fordert. Im Manifest des europäischen Solidarity-City-Netzwerk heißt es: „Eine Stadt, aus der kein Mensch abgeschoben wird, in der sich alle frei und ohne Angst bewegen können, in der kein Mensch nach seiner Aufenthaltserlaubnis gefragt wird, in der kein Mensch illegal ist.“ Viele Städte bekennen sich auch ausdrücklich zur Aufnahme von Flüchtlingen über das Kontingent hinaus, das sie von Staats wegen aufnehmen müssen. Es ist eine europäische Bewegung, allein in Deutschland haben ca. 40 Städte eine Solidarity City Initiative gegründet, in einigen Städten liegen Ratsbeschlüsse vor, so z.B. in Berlin. Den Forderungen der Solidarity City Bewegung stehen nationale und Landesgesetze entgegen, vor allem das Aufenthaltsgesetz.

Abschiebungen z.B. werden vom Regierungspräsidium, also vom Land, angeordnet und von der Polizei, die nicht den Kommunen, sondern ebenfalls dem Land untersteht, ausgeführt. Trotzdem haben Kommunen Gestaltungsmöglichkeiten. Sie können sich auf Artikel 28 des GG berufen, der den Kommunen ein Selbstbestimmungsrecht garantiert. Außerdem besteht durch §22 Aufenthaltsgesetz die rechtliche Möglichkeit für Kommunen, Ausländern eine Aufenthaltserlaubnis zu erteilen. Viele Menschen, die sich zur Aufnahme von Flüchtlingen bereit erklärt haben, fühlen sich verantwortlich für den Schutz von Menschen, die unter Menschenrechtsverletzungen und Krieg leiden, sei es in einem anderen Land oder auf dem Mittelmeer. Sie fühlen sich auf lokaler Ebene für globale Probleme verantwortlich. Hier liegt eine große Chance für Friedensarbeit, an der sich jeder beteiligen kann: Die aktive Netzwerk- und Öffentlichkeitsarbeit fördert das Bewusstsein dafür, dass nur durch Mitmenschlichkeit, gleichberechtigte Teilhabe aller Stadtbewohner und Einhaltung internationaler Konventionen Frieden im Inneren und international gewährleistet werden

kann. Diese Einstellung wird bekanntlich gerade gegenwärtig heftig angegriffen. Doch je deutlicher sich die andere Seite artikuliert, desto mehr AnhängerInnen wird sie gewinnen. Die Demonstration mit dem Titel „Unteilbar“ 2018 in Berlin war ein deutliches Beispiel dafür.

IV. Vision: Vernetzung

Die Arbeit der Solidarity City besteht wesentlich in einer Vernetzungsarbeit mit anderen Initiativen, die sich innerhalb der Stadt für ähnliche Ziele einsetzen. Ein Engagement für Frieden kann auch mit NGOs in anderen Ländern stattfinden. So unterstützen Organisationen wie Brot für die Welt Menschenrechtsaktivisten und -anwälte in verschiedenen Ländern Afrikas und Lateinamerikas um mit ihnen gemeinsam Handlungsspielräume in der Zivilgesellschaft zu eröffnen. Diesen Menschen, die in Diktaturen meist unter Lebensgefahr arbeiten, wird durch internationale Solidarität, materielle und informative Unterstützung, geholfen und gemeinsam mit ihnen international Aufmerksamkeit für ihre Situation geschaffen. In ähnlichem Sinn arbeitet auch Amnesty International. Gemeinsam mit anderen Organisationen hat sich Brot für die Welt auch um gesetzliche Regelungen bemüht, an die deutsche Unternehmen bezüglich ihrer Wirtschaftstätigkeit im Ausland gebunden werden sollen. Faire Bezahlung und Arbeitsbedingungen können ein äußerst effektiver Beitrag zur Linderung von Fluchtursachen und damit zum Frieden sein. Sich mit solchen Projekten zu vernetzen, ist nicht unmittelbar möglich, aber sie bekannt zu machen und für ihre finanzielle Unterstützung zu werben, kann ein Beitrag zu ihrem Gelingen sein.